

faßte, versieht sie mit Hinweisen auf Drucke und Erwähnungen in der älteren Literatur und erschließt damit den Inhalt, soweit überhaupt noch rekonstruierbar, in für die benutzende Forschung vorbildlicher Form. Gerhard Taddey und Gabriele Benning legen für einen Teilbestand der Akten der Deutschordensregierung zu Mergentheim aus der Zeit zwischen 1525 und 1809, die nach der Aktenzersplitterung des 19. und frühen 20. Jhs. im Staatsarchiv Ludwigsburg verblieben sind, nämlich für den Bestand B 290 über die Beziehungen des Ordens zum Reich, d. h. zum Kaiser und zu einzelnen Reichsinstitutionen und Reichsständen (432 Büschel mit einem Umfang von 9,9 lfd. m.), das von ihnen erarbeitete Findbuch vor.

Der gesamte Band wird durch drei Orts- und Personenregister erschlossen, wobei für die beiden Quellenstudien jeweils ein eigenes Register angelegt worden ist.

Über die Vorhaben der „Internationalen Historischen Kommission“, von denen das Vorwort in gelegentlich vollmundigen Formulierungen berichtet, läßt sich begründetermaßen erst urteilen, wenn weitere Publikationen vorliegen. Der erste Band eröffnet jedenfalls ein breites Spektrum von Ansichten auf die Ordensgeschichte und gibt Hoffnung, daß dieser Ansporn in der Zukunft weiterwirken wird.

Berlin

Klaus Neitmann

Westpreußen-Jahrbuch. Bände 35 u. 36. Hrsg. von der Landsmannschaft Westpreußen. Verlag C. J. Fahle. Münster 1985, 1986, je 160 S., zahlr. Abb. i. T.

Band 35 ist der Flucht und Vertreibung der Deutschen Westpreußens aus ihrer Heimat vor 40 Jahren gewidmet. Am Anfang steht ein Bericht Heinz Voellners (S. 5–30) über den Kampf um Westpreußen 1945. Der aus Danzig stammende Vf. schildert hier in anschaulicher Weise die Kämpfe zwischen der im Januar 1945 zum Angriff angetretenen Roten Armee und den deutschen Truppen in Westpreußen unter besonderer Berücksichtigung des Schicksals der dortigen Zivilbevölkerung. Trotz ihres stark dezimierten Mannschaftsbestandes und des überall sichtbaren Munitionsmangels setzte die 2. deutsche Armee den vorrückenden Truppen der 1. und 2. weißrussischen Front zähen Widerstand entgegen. Ein Ziel der deutschen Verteidiger war die Offenhaltung Danzigs und Gotenhafens, der damals wichtigsten deutschen Marine- und Transportbasis an der Ostsee. Der Leser erfährt viele Einzelheiten von den Abwehrkämpfen in der Tucheler Heide, von der letzten Abwehrfront auf den Höhen um Danzig und Gotenhafen und von der Einnahme dieser Orte durch die Russen Ende März 1945.

Ihr persönliches Schicksal schildert die im Kreis Kulm geborene Christine Daudert in dem Artikel „Barfuß zur Zwangsarbeit in der Heimat“ (S. 31–41). Im Frühjahr 1939 mußte sie mit ihren Angehörigen auf polnischen Druck die Heimat verlassen und begab sich nach Allenstein, wo der Vater in der dortigen Glashütte Arbeit fand. Nach dem Polenfeldzug kehrte die Familie in den Kreis Kulm zurück und geriet Anfang 1945 in die Hände der polnischen Miliz, die sie auf dem Gute Wichorsee (Kr. Kulm) zur Zwangsarbeit einsetzte. Erst vier Jahre später durfte sie über das Hauptlager Potulitz bei Nakel die Ausreise in den Westen antreten.

Ein Erlebnisbericht ist auch der Beitrag von Erna Winkler „Auf der Elbinger Höhe 1945“ (S. 42–58), in dem sich die Leiden der Zivilbevölkerung im Schicksalsjahr 1945 widerspiegeln. Gerade die jüngere Generation, die Flucht und Vertreibung nicht persönlich miterlebt hat, erfährt hier viele Einzelheiten vom Schicksal der unverschuldet in Not geratenen Menschen, die bei Nacht und Nebel die Heimat verlassen und bei Eiseskälte mit ihrer wenigen Habe vor den Russen fliehen mußten.

Zum Themenkomplex „Vertreibung“ gehören auch die folgenden Beiträge von Hugo Rasmus „Die letzte Kutschfahrt“ (S. 59–62) – er schildert hier das Schicksal seines in einem Kriegsgefangenenlager im Ural gestorbenen Vaters – und von Hildegard Semmler „Hab'n Se nich' nen Ofen für mich?“ (S. 63–66).

Mit dem Fußballsport in Westpreußen während des Zweiten Weltkriegs befaßt sich Gerhard Gommel (S. 67–75). Erwähnenswert ist, daß es nach 1920 Sportkontakte zwischen den durch den Versailler Friedensvertrag auseinandergerissenen Teilen Westpreußens gab, wofür die Freundschaftsspiele der Fußballvereine Beispiele sind. Nach der Ende 1939 erfolgten Wiedereingliederung Pommerns in das Deutsche Reich vertieften sich diese Kontakte und fanden im Bereich des früheren Westpreußen in der Bildung von vier Kreisklassen ihren Ausdruck. Im April 1942 wurde die Heeres-Unteroffiziers-Schule Marienwerder Gaumeister von Danzig-Westpreußen. Bis zum Herbst 1944 blieb der Fußballspielbetrieb in Westpreußen intakt. Durch die Umstellung auf den „totalen Krieg“ und das Näherrücken der russischen Front kam er völlig zum Erliegen.

Im folgenden schildert Günther Krieger (S. 76–86) den Tabakanbau in Westpreußen. Bereits seit dem 18. Jh. wurde an der Weichsel Tabak angebaut. In den Jahren 1933 bis 1945 befanden sich die meisten Tabakanbauflächen in den Kreisen Marienwerder und Briesen. Während bis 1933/34 vorwiegend Rundblattsorten angebaut wurden, verlegte man sich in der Folgezeit auf die Erzeugung von Spitzblatttabaken, die als Zigarreneinlage und als Umblatt verwendet wurden. Der Artikel enthält viele Informationen über die Tabakverarbeitung von der Aussaat bis zur Ablieferung, die Weiterbehandlung der auf Speicher genommenen Tabake und über die Tabakbauern und läßt die große Bedeutung dieses Erwerbszweiges in Westpreußen vor 1945 erkennen.

Mit der schweren Artillerie in Elbing 1935 bis 1939 beschäftigt sich Joachim Feist (S. 87–102). Er vermittelt hier viele Einzelheiten über die Gliederung, Stellenbesetzung und Ausbildung der Abteilung, die in der Mehrzahl aus Ost- und Westpreußen mit einem nicht unwesentlichen Anteil von Rheinländern und Westfalen bestand.

Die geschichtliche Entwicklung der Staatsbahnen in Westpreußen von 1920 bis 1939 verfolgt Hans-Wolfgang Scharf (S. 103–122). Infolge der in Versailles verfügten neuen Grenzziehung wurde das Eisenbahnnetz im Bereich der ehemaligen Provinz Westpreußen fünfgeteilt. Während das Bahnnetz der neuen Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen der neugebildeten Eisenbahndirektion (ED) Osten in Berlin-Charlottenburg unterstellt wurde, kamen die westlich der neuen deutsch-polnischen Grenze liegenden Strecken der ehemaligen ED Danzig, die nunmehr im Bereich der Provinz Pommern lagen, zur ED Stettin. Die östlich der Weichsel im neuen Regierungsbezirk Westpreußen gelegenen Strecken fielen an die ED Königsberg, und die Eisenbahnen in der Freien Stadt Danzig wurden – von Ausnahmen abgesehen – polnischer Verwaltung unterstellt. Die Eisenbahnen im Korridorgebiet unterstanden den Polnischen Staatsbahnen (PKP), die in Thorn eine Staatsbahndirektion einrichteten. Schon bald nach der Übernahme des Korridors begann Polen dort mit dem Bau von Teil- und Verbindungstrecken, von denen die Linien Gdingen–Kokoschken, Nasielsk–Sierpc und Sierpc–Plock – der Vf. benutzt hier die 1939 gegebenen deutschen Namen Sichelberg und Schröttersburg – die wichtigsten waren. Von besonderer Bedeutung war die mit französischem Kapital errichtete Kohlenmagistrale, die das oberschlesische Industriegebiet mit Gdingen verband und nur durch polnisches Gebiet führte. Der deutsch-polnische Grenzverkehr und die Verbindungen zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet wurden in verschiedenen Abkommen vertraglich geregelt. Für den Personenverkehr waren fünf Durchgangsstrecken und für den Güterverkehr zusätzlich drei weitere Linien vorgesehen, von denen die Strecke Firchau–Dirschau–Marienburg die bedeutendste war. Eine besondere Rolle spielte auch der Seedienst Ostpreußen, der Swinemünde und seit 1933 Travemünde mit Pillau und anderen ostpreußischen Häfen verband.

Mit der Kultur, Geschichte und dem Volkstum der Kaschuben befaßt sich Heinz Lingenberg (S. 123–138). Ausgehend von der Frage nach den Ursprüngen und dem

Namen der Kaschuben, der älteste Beleg des Wortes Cassubia in schriftlichen Quellen findet sich in einer Papsturkunde von 1238, wobei allerdings offenbleibt, woher der Name „Kaschuben“ wirklich kommt, wendet sich der Vf. der kaschubischen Sprache zu, die zur westslawischen Sprachfamilie gehört und im 16. Jh. erstmals in evangelischen Gesangbüchern in gedruckter Form erscheint. Während polnische Sprachforscher im Kaschubischen einen Dialekt des Polnischen sahen, verfocht die deutsche Seite die Eigenständigkeit des Kaschubischen. Es ist zwar richtig, daß in der polnischen Zeit die Lage der kaschubischen Landbevölkerung sehr schlecht war, sie war jedoch nicht ungünstiger als die der polnischen Bauern in der gesamten Adelsrepublik. Fraglich ist auch, ob durch den „Kulturkampf“ in den 1870er Jahren eine Umorientierung der Kaschuben von der deutschen zur polnischen Seite erfolgte, blieb doch der in vielen Bereichen sichtbare Gegensatz zwischen Polen und Kaschuben in den folgenden Jahrzehnten bestehen. Erwähnenswert ist, daß die preußische Volkszählung vom 1. 10. 1910 in Westpreußen über 100 000 Kaschuben ermittelte, von denen weitaus die meisten im Regierungsbezirk Danzig lebten.

Abschließend vermittelt Rudolf Pillukat (S. 152–156) in seinem Bericht über die Sage und Geschichten vom Tolkemiter Aal Einblicke in das westpreußische Brauchtum.

Am Anfang von Band 36 steht ein Beitrag des 1982 verstorbenen Archivars Wilhelm Stüwer über „Westpreußens Landessiegel und Landeswappen“ (S. 5–24). Das Wappen der Provinz Westpreußen besitzt eines der eindrucksvollsten Wappenbilder der deutschen Heraldik. Es zeigt auf silbernem Feld einen „schwarzen, goldbewehrten, rotgezungen Adler, dessen Hals mit einer fünfblättrigen goldenen Krone umgeben ist. Aus der Krone geht zwischen Hals und rechtem Flügel ein geharnischter Rechterm hervor, der ein goldbegriffenes Schwert horizontal über dem Haupte schwingt.“ Die Anfänge dieses der Provinz Westpreußen 1881 verliehenen Wappens gehen bis ins 15. Jh. zurück. Nach der 1454 erfolgten „Inkorporation“ des Königlichen Preußen in das Königreich Polen, die allerdings keine Annexion, sondern vielmehr eine Föderation in Form einer Personalunion bedeutete, erhielt der dort von der Krone eingesetzte Gubernator Hans von Baysen das Recht, ein eigenes Amtssiegel zu führen und in allen das Land betreffenden Angelegenheiten zu gebrauchen. Dieses, die Sonderstellung Preußens im polnischen Reich unterstreichende Siegel wies bereits den westpreußischen Adler auf. Mit der Deutung dieses Symbols haben sich in der Vergangenheit zahlreiche deutsche und polnische Forscher beschäftigt. Während manche in dem Siegelbild den polnischen Adler sehen, halten andere die Herleitung vom Reichsadler des Hochmeisterschildes für wahrscheinlicher. Der Vf. schließt sich der letzteren Version an und stützt sich dabei auf die Forschungsergebnisse von Erich Keyser. Nach dem Erlöschen des westpreußischen Gubernatoramts im Jahre 1480 ging das Recht der Amtssiegelführung auf die preußischen Stände über. Das Amtssiegel wurde dadurch zum Landessiegel. Dieser Prozeß wirkte sich auch auf die Münzprägung im Königlichen Preußen aus, die nicht den polnischen, sondern den westpreußischen Adler verwendete. Zu Beginn des 16. Jhs. war das Landeswappen das allgemein im Lande verbreitete Symbol für die besondere Stellung Westpreußens geworden, der König Alexander durch dessen Aufnahme in das große polnische Wappensiegel Rechnung trug. Bei der in deutscher Übersetzung wiedergegebenen Umschrift dieses Siegels muß es allerdings korrekt Großfürst von Rußland heißen. Die Bezeichnung „Großherzog“ wurde niemals gebraucht. Nach dem Übergang des Königlichen Preußen an den Hohenzollernstaat geriet das alte Landeswappen zunächst in Vergessenheit. Erst nach der Bildung der Provinz Westpreußen im Jahre 1878 knüpfte man in dem neuen Provinzialwappen an die alten Traditionen an, wie dessen bereits erwähnte Beschreibung

zeigt. Nach der Zerreißung Westpreußens durch den Versailler Vertrag gingen die einzelnen Teile der früheren Provinz verschiedene Wege. Während die Polen in der Wojewodschaft Pommerellen den Greifen der ehemaligen Pommerellenherzge zum Wappentier wählten, verblieb der Adler im Wappen der deutschen Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen.

Mit dem aus Westpreußen stammenden Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Johannes Gronowski (1874–1958) beschäftigt sich Karl Tepp e (S. 25–29). Der als Arbeiterkind geborene Gronowski kam bereits in jungen Jahren nach Dortmund und nahm hier Kontakt zur katholischen Arbeiterbewegung auf, in der er bald eine einflußreiche Stellung einnahm. Seine politische Heimat war das Zentrum, dessen Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus – nach 1920 muß es preußischer Landtag heißen – er von 1908 bis 1933 war. Der Vf. zeichnet Gronowski in der Weimarer Zeit als einen engagierten Demokraten, der infolge seines überzeugten Bekenntnisses zum katholischen Glauben Distanz zur Sozialdemokratie hielt, jedoch im Interesse der Verteidigung der republikanischen Ordnung einen Konsens mit dieser herzustellen suchte. 1922 wurde Gronowski zum Oberpräsidenten von Westfalen ernannt und stellte seine Fähigkeiten bereits wenig später bei der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen erfolgreich unter Beweis. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde er aller seiner Ämter enthoben und mußte seine siebenköpfige Familie mühsam durch eine Vertretung für Wein, Kaffee und Tee durchbringen. Nach Kriegsende engagierte sich Gronowski in der CDU und übernahm den Vorsitz im Landesverband Westfalen dieser Partei. Bis 1953 war er auch Mitglied des Nordrhein-Westfälischen Landtags.

Elbinger Schiffe zwischen 1705 und 1794 stellt Siegfried Fornaçon (S. 30–40) vor. Er belegt an zahlreichen Beispielen, daß in jener Zeit in der westpreußischen Stadt der Schiffbau eine große Rolle spielte. Der bedeutendste hier vertretene Schiffstyp waren die Bordinge, Leichterfahrzeuge, die für flache Gewässer geeignet waren. Bekannte Bordingfhrer waren Augustin, Philipp und Jakob Albert sowie der von König Friedrich Wilhelm I. zum preußischen Salzfaktor bestellte Heinrich Dring. Der Beitrag vermittelt zahlreiche Einzelheiten über Elbings Reedereien, Wirtschaft und Handel – aufschlußreich ist der 1744 erfolgte Bau der Elbinger Börse –, an denen im großen Maße Mennoniten wie der Seehandlungsdisponent Zacharias Janson beteiligt waren. Bedeutenden Einfluß auf Elbings Schifffahrt und Handel bte am Ende des 18. Jhs. auch das Unternehmen Johann Jacob Roskampff und Co. aus, dessen Tätigkeit der Rezensent auf der Grundlage der im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz vorhandenen Akten der Preußischen Seehandlung (Repositor 109) untersucht hat.¹

Im folgenden Artikel „Danzig, Schiestange Nr. 12“ (S. 41–54) schildert Heinrich Eichen auf der Grundlage von Tagebuchblttern persönliche Erinnerungen aus der Zeit der Besetzung Danzigs durch die Rote Armee im März und April 1945. Hier wird deutlich, welches Los die deutsche Bevölkerung in der im Stadtkern gänzlich zerstörten Stadt erdulden mußte.

ber die Grenzen Westpreußens hinweg schaut Erica Dombrowski in ihrem Beitrag „Bromberg vor 100 Jahren“ (S. 56–60). Der Leser erfährt hier vieles aus dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben dieser Stadt in den 1880er Jahren – erwähnenswert ist ein Verzeichnis der wichtigsten Bromberger Gewerbebetriebe –, während die Rolle Brombergs als preußischer Regierungssitz kaum berücksichtigt wird.

Ein Porträt des Generals der Artillerie Wilhelm von Koerber zeichnet Nordewin von Diest-Koerber (S. 61–76). Koerber war kein gebürtiger Westpreue, sondern

1) Der Beitrag „Das Seehandlungskontor in Elbing und seine Beziehungen zur Firma Johann Jacob Roskampff und Co.“ ist in Nr. 10 der „Beiträge zur Geschichte Westpreußens“, Münster 1987, S. 79–106, veröffentlicht.

stammte aus Alvensleben in der Provinz Sachsen. Während seiner militärischen Ausbildung in Danzig kam er erstmals mit Westpreußen in Berührung. Weitere Stationen seiner Laufbahn waren Graudenz, Schwedt an der Oder und Königsberg. Im deutsch-dänischen Krieg von 1864 war der Kommandeur der Danziger Westerplatte, wo er für die Abwehr dänischer Kriegsschiffe verantwortlich war. Auch an den Kriegen gegen Österreich und Frankreich war er beteiligt und erhielt nach der Schlacht von Vionville den *Pour le mérite*. Eine besondere Auszeichnung stellte 1872 seine Abordnung nach St. Petersburg dar, um den Zaren über die Erfahrungen im Krieg 1870/71 zu informieren.

Die strategische Bedeutung der Weichselübergänge von Ratsweide bei Marienwerder beleuchtet Helmut Motzkus (S. 77–82). Schon auf dem Feldzug 1677/78 gegen die Schweden marschierten die Regimenter des Großen Kurfürsten bei Ratsweide auf einer Schiffbrücke über die Weichsel. Während des Siebenjährigen Krieges war der Weg über Ratsweide die bevorzugte Passage der Russen bei ihren Vorstößen nach Westen. Zu ergänzen ist, daß der russische General-en-Chef Fermor schottischer Abstammung war. Auch Napoleon benutzte 1807 den Übergang bei Ratsweide, und im April 1812 überquerten Truppen der Grande Armée auf dem Wege nach Rußland die dortige Brücke.

Mit der Dorfgemeinschaft Groß Bösendorf im Kreise Thorn befaßt sich Heinz Krause (S. 83–90). Sie bestand ihre Bewährungsprobe nach dem Übergang des im Korridorgebiet gelegenen Ortes an Polen nach dem Ersten Weltkrieg und entwickelte ein geregeltes kirchliches und wirtschaftliches Leben, das vom Bekenntnis zum Deutschtum bestimmt war.

Anschließend behandelt Hans-Wolfgang Scharf (S. 91–118) die Geschichte der Reichseisenbahndirektion Danzig von 1939 bis 1944. Sie knüpfte an die 1895 errichtete königliche Eisenbahndirektion Danzig an und war im wesentlichen für das Gebiet des Ende 1939 geschaffenen Reichsgaus Danzig-Westpreußen – in einigen Bereichen ging sie über diesen Bezirk hinaus – zuständig. Der Beitrag enthält viele Details über die Organisation der Danziger Direktion, insbesondere über den Bahnbetrieb, den Bau neuer Strecken und den Personalaufbau. In einer Tabelle sind die Eigentumsstrecken der Reichseisenbahndirektion Danzig nach dem Stand vom 31. 12. 1943 zusammengestellt.

Nur wenigen dürfte bekannt sein, daß es in Thorn ein „Bayern-Denkmal“ gibt. Wolfgang Schmidt (S. 119–128) zeichnet seine Geschichte nach, die mit den napoleonischen Feldzügen verbunden ist. Nach dem Rückzug der Großen Armee aus dem Zarenreich verteidigte eine bayerische Besatzung die Festung Thorn gegen die nachstoßenden Russen unter großen Verlusten. Rund 70 Jahre später regte der Chef des königlich bayerischen Generalstabs, Graf Verri della Bossa, die Errichtung eines „Bayern-Denkmals“ in der westpreußischen Stadt an und fand dabei die Unterstützung des Kriegsministeriums in München, das die erforderlichen Mittel bereitstellte. Das im April 1888 enthüllte Denkmal diente in der Folgezeit als Mittelpunkt verschiedener Feiern von Kriegerverbänden und überdauerte beide Weltkriege. Bis heute hält es die Erinnerung an die 1813 in Thorn gestorbenen Bayern wach.

Die Entwicklung und den Ausbau des Umschlaghafens Marienburg in den Jahren 1920 bis 1932 beleuchtet Heinrich Böhmcke (S. 129–134). Das 1920 in Angriff genommene Hafenprojekt diente der Förderung der Binnenschifffahrt und des Ostseehandels der vom übrigen Reichsgebiet durch den Korridor getrennten Provinz Ostpreußen. Außerdem verfolgte man mit dem Hafenausbau das Ziel, die Industrie und Wirtschaft der durch ihre Grenzlage benachteiligten Stadt Marienburg anzukurbeln, was – wie die Ansiedlung zahlreicher Unternehmen in dem Ort zeigt, genannt seien die Deutschen Gummiwerke AG, die Spirituosen- und Kognakbrennerei „Winkelhausen“ und

eine Kunstasphaltfabrik – weitgehend erreicht wurde. 1928 wurden bereits 100000 t Güter im Marienburger Hafen umgeschlagen. Am wichtigsten waren hier Holz und Baustoffe und vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Zuckerrüben.

Abschließend berichtet Marta Siebert (S. 135–155) über Sängereisen im Kulmer Land. Seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es regelmäßig Veranstaltungen dieser Art, die von den Liedertafeln der einzelnen Orte vorbereitet wurden. Dabei handelte es sich ausschließlich um Männergesangsvereine, die zumeist dem Weichselgau-Sängerbund angehörten. Auf überregionaler Ebene gab es den 1862 gegründeten Sängerbund der Provinz Preußen und den im gleichen Jahr entstandenen Allgemeinen Deutschen Sängerbund, der unter der Schirmherrschaft des Herzogs Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha stand. Ein wichtiges Ereignis im Kulmer Land war das Anfang Juli 1892 veranstaltete XIII. Westpreußische Provinzial-Sängereisen in Kulm, an dem 30 Gesangsvereine mit 590 Sängern teilnahmen.

Von beiden hier angezeigten Bänden des Westpreußen-Jahrbuchs läßt sich sagen, daß sie auf Grund der darin angesprochenen vielfältigen Thematik unsere Kenntnisse über die Geschichte dieser Landschaft beträchtlich erweitern. Dank der breiten Streuung der behandelten Gegenstände wird nahezu jeder Leser etwas finden, das für ihn von Interesse ist. Etwas störend wirkt sich nur die unsystematische Anordnung der Beiträge aus. Ihre Abfolge nach chronologischen oder sachspezifischen Gesichtspunkten wäre im Interesse einer größeren Übersichtlichkeit sicher sinnvoller gewesen.

Berlin

Stefan Hartmann

Die politischen Testamente der Hohenzollern. Bearb. von Richard Dietrich. (Veröff. aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 20.) Böhlau Verlag, Köln, Wien 1986. 806 S., 4 Abb. i.T.

Nach langer Herstellungszeit kann nun die umfangreiche Ausgabe der Politischen Testamente der Hohenzollern der Öffentlichkeit übergeben werden. Damit wird die zweite Auflage der von Georg Kuntzel und Martin Haß besorgten Ausgabe der Politischen Testamente der Hohenzollern aus den Jahren 1919 und 1920 abgelöst. Dem Bearbeiter und dem Herausgeber der Reihe, Friedrich Benninghoven, ist zu danken, daß diese wichtigen Geschichtsquellen zur preußischen, deutschen und europäischen Geschichte der frühen Neuzeit nunmehr in verbesserter und modernerer Form der Forschung zugänglich gemacht worden sind. Erschließen sich doch hier die geheimsten politischen Gedanken und Erkenntnisse der Lenker eines Staatswesens, das für die neuzeitliche deutsche Geschichte von entscheidender Bedeutung war. Zunächst beleuchtet Richard Dietrich die Bedeutung der Politischen Testamente als Geschichtsquelle. Obwohl der Begriff „Politisches Testament“ erstmals im Testament Friedrichs des Großen von 1752 gebraucht wird, erscheint es gerechtfertigt, auch die Vermächtnisse seiner drei Vorgänger seit dem Großen Kurfürsten mit diesem Terminus zu erfassen, weil sie ihm trotz verschiedener Abweichungen in ihren wesentlichen Charakterzügen inhaltlich grundsätzlich entsprechen. Abgedruckt wurden in der vorliegenden Publikation das Politische Testament des Großen Kurfürsten von 1667, der Entwurf des Großen Kurfürsten zur Erwerbung von Schlesien, die erste Ermahnung Kurfürst Friedrichs III. an seinen Nachfolger, desgl. die zweite Ermahnung von 1705, die Instruktion König Friedrich Wilhelms I. für seinen Nachfolger von 1722, die letzte Ansprache Friedrich Wilhelms I. an den Kronprinzen, die Politischen Testamente Friedrichs des Großen von 1752 und 1768, die von Friedrich verfaßte Darlegung der preußischen Regierung, Grundsätze, auf denen sie beruht, mit einigen politischen Betrachtungen von 1776, Friedrichs Betrachtungen über den politischen Zustand Europas aus dem Jahre 1782,